

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erhebt die auf weitere vier Monate, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei



Abonnement für die 6 geteilte Kannteile 100 Mk. mal Wochen-Schiffelzahl (Woche n. 24-30. 9. 30000)

Erhebt seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff

82. Jahrgang. Nr. 112.

Dienstag / Mittwoch 25. / 26. September 1923

Amtlicher Teil.

Höchstpreise für Milch und Milch-erzeugnisse.

Das Wirtschaftsministerium hat unter dem 19. September 1923 für in Sachsen gewonnene Milch und Milchzeugnisse folgende Erzeugerhöchstpreise bei Abgabe an Wiederverkäufer festgesetzt:

A. Für Milch.

- a) für das Liter Vollmilch 2 500 000,- Mk.
- b) für das Liter Magermilch 1 100 000,- Mk.

B. Für Butter und Speisequark mit höchstens 75% Wassergehalt.

I. Für Kuhhalter ab Gehöft.

- a) Butter für das Pfund 26 250 000 Mk.
- b) Speisequark für das Pfund 36 700 000 Mk.

II. Für gewerbliche Molkereien ab Molkerei.

- a) Butter für das Pfund 30 000 000 Mk.
- b) Speisequark für das Pfund 44 000 000 Mk.

Auf Grund dieser Verordnung werden für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen einschließlich der Städte Rossen und Lommagisch (ausgenommen die Stadt Wilsdruff) unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 14. September 1923 mit Wirkung vom 23. September ab nach Gehör der Preisprüfungsstellen für den Kleinhandel folgende Höchstpreise festgesetzt:

a) für Vollmilch 2 630 000 Mk. je Liter	beim Erzeuger ab Gehöft (Verlängerungspreis)
3 300 000	beim Kleinhändler, beim Verkauf ab Wagen und in den Verkaufsstellen der Molkereien für molkefähig behandelte Milch in Orten über 3000 Einwohner
8 500 000	
b) für Butter 29 000 000 je Pfund	b. Erzeug. ab Gehöft bei Abgabe an Verbraucher ab Molkerei oder deren Verkaufsstellen
34 000 000	beim Kleinhändler für Landbutter
31 000 000	beim Kleinhändler von sächsischen Molkereien bezogene mit deren Namen ausgeschlagene Butter.
34 000 000	
c) Speisequark 3 850 000	beim Erzeuger ab Gehöft
4 800 000	beim Kleinhändler oder in den Verkaufsstellen der Molkereien.

Die in dieser Bekanntmachung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 — Reichsgesetzblatt Seite 516 — mit Nachträgen und verstehen sich einschließlich der Umsatzsteuer.

Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird auf Grund der einschlagenden reichsrechtlichen Bestimmungen mit Gefängnis und Geldstrafe oder einer dieser Strafen, in schweren Fällen mit Zuchthaus, bestraft.

Meißen, Rossen und Lommagisch, den 21. September 1923. Z II 215
Die Amtshauptmannschaft und die Stadträte zu Rossen und Lommagisch.

Mehl- und Brotpreise.

Nach Gehör des Ernährungsausschusses werden für das Gebiet des Kommunalverbandes Meißen Stadt und Land für die auf Brotmarken abzugebenden Erzeugnisse an Mehl, Brot und Semmeln mit Wirkung vom 24. September d. J. ab folgende Preise festgesetzt:

1. Mehlspreise:

- a) im Großhandel für den Doppelzentner, einschließlich Abgabe an den Kommunalverband: 183 082 000 Mk. für 85% Roggenmehl, 199 053 000 Mk. für 85% Weizenmehl.
- b) im Kleinhandel für das Kilogramm ohne Beutel: 2 400 000 Mk. für 85% Roggenmehl, 2 600 000 Mk. für 85% Weizenmehl.

2. Brots- und Semmelpreise:

- 2 053 000 Mk. für das Kilogramm, 3 900 000 Mk. für das 1900-g-Brot, 2 600 000 Mk. für die Semmel (70-75 g).

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder werden Anfang dieser Woche mit dem Reichsministerium in Berlin über die Hauptpolitik beraten.

Die bevorstehende Entscheidung der Reichsregierung über den postweisen Widerstand soll im Einvernehmen mit den Vertretern der besetzten Gebiete getroffen werden.

Ein Gesetzentwurf des Finanzministeriums sieht die Gründung einer Währungsbank und die Einführung einer so genannten „Bodenmark“ vor.

Währungsbank — Bodenmark.

Wenige Tage, nachdem Dr. Stresemann Reichskanzler geworden war, entwickelte der deutsche Reichstag Abgeordnete Dr. Helfferich in einer Besprechung zwischen ihm und dem neuen Reichsfinanzminister den Plan zu einer Währungsreform, dem in den nun folgenden

zwei Wochen noch eine ganze Reihe andere gefolgt sind, ohne daß es gelang, etwas Bestimmtes zustande zu bringen. Jetzt endlich — man kann wohl sagen fünf Minuten vor 12 — hat man regierungsseitig einen neuen Plan ausgearbeitet, der eigentlich aus jedem jener anderen Pläne ein Stückchen entnimmt und zu einer Form zusammenfüßt, über deren Bewährung erst die Zukunft, hoffentlich aber eine nahe Zukunft entscheiden wird.

Abereinstimmend enthielten jene Pläne den Vorschlag, daß die Bank, die mit der Sanierung beauftragt werden sollte, unmöglich die Reichsbank sein könne. Demgemäß sieht der neue Gesetzentwurf die Schaffung einer Währungsbank vor, die von den wirtschaftlichen Berufsständen, also Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Handel und Banken eingerichtet werden soll. Die Heranziehung des sächsischen Grundbesitzes ist eine Frage, die mit dem Abbau oder der Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft auf diesem Gebiete zusammenhängt. Die Bank ist selbstständig in Geschäftsführung und Verwaltung, abgesehen

davon, daß ihr Präsident von der Reichsregierung bestellbar werden muß; außerdem ist die Währungsbank steuerfrei.

Das Kapital der Bank soll nun 2 400 Millionen „Bodenmark“ betragen und zwar wird es zu gleichen Teilen von der Landwirtschaft einerseits und von den anderen Wirtschaftszweigen andererseits aufgebracht. In der Art der Ausbringung liegt die Erklärung für den Namen, der von der Bank demnächst herauszugebenden Zahlungsmittel. Sämtliche land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke werden nämlich mit einer Grundschuld zugunsten der Bank belastet in Höhe von 3 % der Wertbeitrages und zwar natürlich in Goldmark. Zins- und Amortisationsquote dieser Hypothek beträgt 6 %. Werden von dem Hypothekenschuldner diese 6 % der Grundschuld nicht abgeführt, so verfällt das Grundstück auf Antrag der Währungsbank der Zwangsvollstreckung. Auch bei den Industrien und anderen Betrieben ist die Absicht der Bodenbelastung soweit wie möglich durchgeführt, indem die

Erfolgt vor dem 24. September eine Verausgabung von Brot- und Mehlmengen auf Brotmarken, die erst am 24. September Gültigkeit erlangen, so sind bereits die neuen Preise zu zahlen.

Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden nach dem Reichsgesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. Juli 1922 i. Verb. mit dem Gesetz zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahre 1923/24 vom 23. Juni 1923 bzw. auf Grund des Höchstpreisgesetzes bestraft.

Meißen, am 21. September 1923.

66 Z 1

Kommunalverband Meißen-Stadt und -Land (Die Amtshauptmannschaft)

Zur Kartoffelversorgung.

Um die diesjährige Kartoffelversorgung der Bevölkerung des Kommunalverbandes Meißen Stadt und Land zu sichern und in geordnete Bahnen zu lenken ist in einer gemeinschaftlichen Besprechung von Vertretern der unterzeichneten Verwaltungen und Verbänden folgendes beschlossen worden:

- Der Landbund Meißen wird seine Mitglieder unverzüglich auffordern baldmöglichst nach der Kartoffelernte einen Teil derselben zum Marktpreis abzugeben und zwar entweder
 - a) unmittelbar an ihm bekannte Verbraucher zunächst 2 Zentner auf den Kopf der Familie.
 - oder b) an bekannte Händler, Genossenschaften oder die Verkaufsstellen des Hausfrauenvereins, der Konsumvereine oder die unten genannte Ausgleichsstelle
 - oder c) an industrielle Unternehmen, welche eine Bürgschaft dafür übernehmen, daß ihre Angestellten und Arbeiter sich nicht anderweit eingedeckt haben.
- Der Kartoffelgroßhandel, die Genossenschaften, Hausfrauen- und Konsumvereine verpflichten sich die im Bezirk aufgetauten Kartoffeln in erster Linie unmittelbar an die Bezirksbevölkerung abzugeben oder bei der Getreide- und Kredit-Alt.-Ges. Meißen (Fernspr. 183/185) errichteten Kartoffelausgleichsstelle zur weiteren Verfügung anzumelden. Der Großhandel wird außerdem eifrig bemüht sein, Kartoffeln von außerhalb zu beschaffen.
- Die Gemeinden, welche ihresseits für ihre Einwohner Kartoffeln beschaffen wollen, melden ihren Bedarf unmittelbar bei der Ausgleichsstelle (Pkt. 2) an.
- Die Verwaltungsbehörden und Gewerkschaften machen mit allem Nachdruck die Bevölkerung des Bezirkes darauf aufmerksam, daß eine geordnete Versorgung nur möglich ist, wenn die Kartoffelernte nicht durch Diebstähle gefährdet und die Abgabe durch gewaltsame Eingriffe Unbefugter gestört wird.

Wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden, ist mit aller Sicherheit anzunehmen, daß bis Anfang Dezember jede Familie des Bezirkes im Besitz eines genügenden Kartoffelvorrates ist.

Alle beteiligten Kreise werden ersichtlich bemüht sein, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen.

Meißen, am 19. September 1923.

3127

Amtshauptmannschaft. i. V. Dr. Falk.	Genossenschaft Prof. Dr. Schellenberger.	Gewerkschaft. A. Köppler.
Stadtrat zu Meißen. Stadtrat Dr. Kind.	Kartoffelgroßhandel. Grimmer.	Kartoffelzwischenhandel. Schanze.
Konsumverein e. G. m. b. H. E. Kirmes. D. Köhner.	Landw. Hausfrauenverein. Frau Reip.	Bezirks-Landbund. Schreiber.

Der am 28. November 1875 in Thum geborene Händler Paul Richard Martin in Herzogswalde Nr. 71

ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts Wilsdruff vom 8. September 1923 wegen unbefugten Großhandels mit Hafer und Weizen kostenpflichtig

zu einer Geldstrafe von 20 (zwanzig) Millionen Mark

und für den Fall, daß diese nicht beigetrieben werden kann, zu einer Gefängnisstrafe von 40 Tagen verurteilt worden; es ist auch auf Veröffentlichung der Verurteilung erkannt worden.

Wilsdruff, am 22. September 1923.

Das Amtsgericht.

Währungsbank auch dort eine Grundschuld erwirbt, wenn der Unternehmer auch Eigentümer eines dem Betriebe dienenden Grundstücks ist. Andersfalls hat der Unternehmer der Währungsbank eine Schuldverschreibung auf Goldmark lautend auszuhandigen, kann sich aber von dieser Belastung durch eine Leistung von Gold oder Devisen sofort befreien.

Das wesentlichste bei allen Währungsanfertigungsplänen ist immer die Frage der Garantie gewesen. In der Diskussion der letzten Tage ist auf das warnende Beispiel der gleichfalls auf Hypotheken sich aufbauenden Schuldverschreibungen der französischen Revolutionsfinanzien aus dem Jahre 1794 hingewiesen worden, jenen „Mandats territoriaux“, die trotzdem die schließliche finanzielle Bankrottserklärung der französischen Währung nicht haben verhindern können. Dieser Gefahr kann nur dadurch begegnet werden, daß einmal natürlich diese deutsche Hypothekenschuld vor allen anderen Grundstücks- und Unternehmungsbelastungen rangiert, daß aber andererseits nun die Kapitalien der Währungsbank nicht ins unendliche heraufgehoben werden und damit eine neue Papierflut zu der alten kommt. Bekanntlich hat nun aber auch das deutsche Reich Frankreich gegenüber eine Belastung seiner Wirtschaft zum Zwecke der Reparationszahlungen zugesagt, die gleichfalls an erster Stelle stehen soll. Ihr hat die Grundschuld für die Währungsbank zu weichen, jedoch nicht über 12% % des Wertbeitrages.

Auf Grund des Bankkapitals von 2,4 Milliarden werden Rentenbriefe ausgestellt, die auf 500 Goldmark oder ein Vielfaches davon lauten und mit 5% verzinst werden. Diese stellen nun die banktechnische Deckung für die eigentliche Bodenmark dar; für jeden Rentenbrief darf aber nur die genaue entsprechende Zahl von Bodenmark ausgegeben werden. Diese Bodenmark muß also jederzeit gegen Rentenbrief einzulösen sein; außerdem ist sie, um sie zu einem handlichsen Zahlungsmittel zu gestalten, in hundert Bodenpennige eingeteilt, und sie entspricht dem Wert von 0,358 Gramm Feingold.

Die Aufgabe der Bank ist eine Übergangsmahnahme. Immer ist mit Recht betont worden, daß sich eine wirkliche Währungsanfertigung nur ermöglichen läßt, wenn auch der Reichschat balanciert wird. Zu diesem Zweck stellt die neue Währungsbank dem Reiche neue, auf Bodenmark lautende und in Goldmark verzinsliche Darlehen bis zum Höchstbetrage von zwei Milliarden zur Verfügung, und zwar sofort 300 Millionen. Diese letzteren sollen nun dazu dienen, die bei der Reichsbank diskontierten Schatzanweisungen des Reiches einzulösen. Auf Grund dieser Reichsschatzanweisungen hat die Reichsbank unser Papiergeld ausgegeben, und sie ist verpflichtet, nun mit Hilfe der ihr zustehenden Summe von 300 Millionen Bodenmark eine möglichst große Summe des Notenumlaufes einzulösen. Um die darauf einsetzende Spekulation mit der Papiermark sofort zu verhindern, wird von der Regierung in Einvernehmen mit der Reichsbank und der Währungsbank bestimmt, in welchem Verhältnis die Einlösung der Papiermark gegen die Bodenmark zu erfolgen hat, also wie viel Papiermark für eine Bodenmark zu zahlen sind. Gegebenenfalls wird übrigens der Dreihundert-Millionen-Kredit noch erhöht. Gesetzliches Zahlungsmittel ist ab 500 Bodenmark dieses neue Zahlungsmittel, dagegen bei Beträgen bis zu dieser Summe die Reichsbanknote oder ein Ersparungsmittel dafür.

Das praktische Nebeneinander von Devisen-, Bodenmark- und Papiermarkzahlung erschwert die währungsrechtliche Situation zweifellos ganz außerordentlich. Vielleicht wird sie dadurch etwas vereinfacht, daß auch im Ausland die neue Bodenmark als Zahlungsmittel angenommen wird und damit Devisen für den wirtschaftlichen Bedarf des Reiches und der Privatwirtschaft flüssig macht. Beweis ist das Ganze ein Experiment, aber wie sind nachgerade in einer Lage, die uns zwingt, nicht mehr zu überlegen, wie etwas geschehen soll, was uns aus unserer Währungsapokalypse rettet, sondern uns nur blindlings entschließen müssen, daß überhaupt etwas geschieht.

Vor schweren Entscheidungen.

Die Ministerpräsidenten nach Berlin berufen. Die nächsten Tage werden für das Reichskabinett eine Reihe äußerst schwerwiegender Entscheidungen bringen.

Dollar: 21. Sep.: 109 725 000—110 275 000 M.
Dollar: 24. Sep.: 146 632 500—147 367 500

Es handelt sich um die Frage:

Kuhpolitik und passiver Widerstand.

Man wird zu beschließen haben, unter welchen Voraussetzungen der passive Widerstand eingeführt und Verhandlungen mit Frankreich über die Kuhfrage begonnen werden können. Die Meinung der Reichsregierung ist bekannt, aber sie will ihre Entschlüsse nur im Einvernehmen mit den Vertretern der Länder und vor allem des besetzten Gebietes selbst treffen. Deshalb werden am Montag oder Dienstag in Berlin die Ministerpräsidenten der deutschen Länder zu einer Besprechung mit dem Reichskabinett zusammengetreten, an der auch Vertreter der besetzten Gebiete teilnehmen werden. Es wird dabei der Stand des Kuhkonflikts im Mittelpunkt der Erörterungen stehen, und es ist anzunehmen, daß der Reichskanzler Veranlassung nehmen wird, den tatsächlichen Stand der Dinge darzulegen. An maßgebender Stelle in Berlin ist man überzeugt, daß auch in Frankreich keine verantwortungsvolle Meinung nach einer anderen Richtung gehen kann als dahin, daß ohne die Wiederherstellung der deutschen Souveränität über die besetzten Gebiete, des normalen Rechtszustandes und der Arbeitsfreiheit eine Wiederkehr der vollen früheren produktiven Tätigkeit im Ruhrgebiet nicht möglich sein würde.

So wird unter keinen Umständen die Entscheidung eine Kapitulation bedeuten, die das Rheinland und das Ruhrgebiet aufgeben würde.

Die Bemühungen des Kabinetts Stresemann, eine tragbare Form für die Beilegung des Kuhkonflikts zu finden, haben bei Poincaré bisher nicht die vernünftige Anerkennung gefunden, die man hätte erwarten können. Er hat die deutsche Regierung zuletzt recht offiziell wissen lassen, daß er zu Verhandlungen nur unter der Voraussetzung eines vorhergehenden förmlichen Verzichts auf den passiven Widerstand bereit sei, und damit die Schritte durchkreuzt, die von den verschiedensten und zweifellos beiden Seiten wohlmeinenden Stellen unternommen worden sind. Neben den mehr formellen und dadurch zu Mißerfolg verurteilten Bemühungen laufen freilich die Verhandlungen weiter, die auf direktem Wege Fäden zur Verständigung angesponnen hatten, so daß von einem Abbruch der Besprechungen nicht gesprochen werden kann.

Stresemann für die Verständigung.

Reichskanzler Dr. Stresemann hat dem Vertreter der „Nationalen“ in Berlin gegenüber erklärt, daß er für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich arbeiten wolle. Deutschland sei bereit, alle produktiven Pfländer zu geben, die ihm zur Verfügung ständen. Das endgültige Ziel sei, Deutschland zur Freiheit zu führen. Nach Deutschlands nächster Zukunft betragt, erklärte der Reichskanzler: „Wir sind ein zerstörtes Land, ein bedrücktes Volk, aber kein zusammengebrochenes Volk. Bezeugt, aber nicht gebrochen, warten wir der Zukunft.“

Die endgültige Abgabe.

„Die Deutschen haben kapituliert und ihre Niederlage anerkannt.“

Paris, 23. Sept. Im Priesterwalde hielt heute nachmittags Ministerpräsident Poincaré seine dritte Rede. Er führte darin aus, die Deutschen hätten kapituliert und ihre Niederlage anerkannt. Ihr Versuch, sich den Folgen zu entziehen und Frankreich die Früchte seines Sieges zu entreißen, werde misslingen. Es sei Zeit, daß die Deutschen erfüllten, damit die französischen Dörfer wieder aus den Ruinen erstanden. Frankreich habe innerhalb der Grenzen des Vertrages entsprechend den Feststellungen der Reparationskommission Maßnahmen ergriffen. Frankreich habe durchgehalten, ohne zu schwanken. Dafür hätten in Deutschland die Männer und die Taktik gewechselt. Es habe sich mehr Geschicklichkeit, auch, wie er hoffe, mehr Aufrichtigkeit gezeigt, dennoch aber kein Verständnis für den französischen Standpunkt. Die Alliierten seien die Sieger, sie seien jedoch die wirklichen Kriegsgewinner. Dieser Widerpruch müsse ein Ende finden. Deutschland müsse den Willen haben, seine Unaufrichtigkeit abzulegen.

Poincaré legte weiter dar: In einigen Wochen werde die deutsche Regierung den Widerstand nicht mehr begablen können, und selbst wenn er länger anhalten würde, werde er dennoch zusammenbrechen. Es bleibe also nur übrig, festzustellen, daß der Widerstand nicht mehr dem Willen der Bevölkerung entspreche und daß diejenigen, die ihn angeordnet hätten, ihn zurückziehen müßten. Man wolle indessen Frankreich Vorteile erreichen, die eine Verleugnung seiner Politik bedeuteten, um sagen zu können, man habe Frankreich zum Nachgeben gebracht. Dieses Mandat sei zu plump. Auch die Aussicht auf Anarchie im Herzen Europas könne Frankreich nicht schrecken. Man wolle indes in Frankreich aufrichtig, daß Deutschland solche düsteren Vorhersagen widerrufen könne. Es habe die alte Disziplin beibehalten und sei durch seine traditionelle Begabung für wirtschaftliche Organisation wohl in der Lage, sich wieder aufzurichten. Frankreich verlange nicht mehr als die lokale Erfüllung des Friedensvertrages. Es sei an der Regelung mehr interessiert als irgend jemand, aber es wolle nicht die Kosten dafür tragen.

Frankreich sei bereit, zu einem Ende zu kommen, ebenso wie Deutschland und die Alliierten. Deutschland müsse aber zuerst mit dem passiven Widerstand ein Ende machen. Es müsse mit der Stellung von Vorbedingungen aufhören, denn Frankreich nehme keine Bedingungen an. Frankreich halte sich an die Protokolle von Brüssel, an sein Gelddruck und an seine öffentlichen Erklärungen. Dem habe es nichts hinzuzufügen und von dem habe es nichts wegzunehmen.

Die Sanktionen für Essen.

Stellungnahme der Reichsregierung.

Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, ist der Stadt Essen ein Befehl zugegangen, nach welchem General Jacquemot wegen des angeblichen Sabotageaktes auf der Bahnstrecke Rüttenscheid-Geissen-Wülheim vom 22. September, 6 Uhr morgens, ab für acht Tage in den Kreisen Essen-Stadt und -Land und für vier Tage in den übrigen, der 77. Division unterstellten Gebieten den Verkehr der Straßenbahnen verbietet. Ferner wird jeder Verkehr von Lastkraftwagen verboten, mit Ausnahme derjenigen, die Lebensmittel und Medikamente befördern, sowie der Verkehr von Personenkraftwagen und Fahrrädern, mit Ausnahme derjenigen, denen Erlaubnisscheine ausgehändigt werden. Diese Maßnahme bedeutet die Unterbrechung sämtlicher Verbindungen aus Essen nach den andern Städten und eine sehr starke Beschränkung des Verkehrs in der inneren Stadt.

Die Reichsregierung läßt mitteilen, wenn die Nachrichten über das Sprengentatentat sich bewahrheiten und Deutsche daran beteiligt sind, so besetze kein Zweifel, daß die Reichsregierung dieses Attentat, ebenso wie in früheren Fällen, verurteilt und bereit ist, bei Aufklärung des Tatbestandes mitzuwirken.

Neue Geldräubereien

In Koiserlauren erschien in der Kammergarnisulmetel ein französischer Kriminalbeamter und verlangte die Erlaubnis des Ressors. Er nahm die Summe von 350 Milliarden Mark mit. Ferner nahmen französische Kriminalbeamte mehrere Postboten der Ruhrpostämter Beträge von 200 Milliarden weg und beschlagnahmten von einem vor dem Kreisbause haltenden Wagen 1,5 Billionen Reichsmark des Landkreises.

Die rheinische Notgeldverordnung.

Die Rheinlandkommission hat, wie oben aus Koblenz mitgeteilt, die seit langer Zeit erwartete Notgeldverordnung genehmigt, die sofort in Kraft tritt. In der Verordnung wird behauptet, daß die regellose Ausgabe von Notgeld durch Gemeinden, Banken, Industriezweige und sogar durch Privatpersonen die Interessen der Befugnisarmee und der Rheinlandkommission gefährde.

Deutschland und der Völkerbund.

Teilnahme am Garantiepakt.

Der aufsehenerregende Beschluß der dritten Völkerbundskommission, die Beteiligung Deutschlands am allgemeinen Schutzpakt vorzuschlagen, wird wenig erörtert. In den Kreisen des Quai d'Orsay scheint man den Beschluß nicht „tragisch“ zu nehmen. Man bemerkt, Frankreich habe versucht, den nach seiner Ansicht „verfälschten“ Beschluß zu verhindern, aber die Mehrheit der Kommission habe eben anders verfaßt. Das „Echo de

Flammen.

Roman von Hans Schulze.

Stumm gingen sie einige Minuten nebeneinander her, ein jeder mit seinen Gedanken beschäftigt.

Der Zauber des Abends spann seine Kreise.

Zuweilen garrte es schlaftrig im Hof.

Ein Wildtaubenpaar zog zu Nest. Dann wieder Stille.

Und nur aus weiter Ferne klang wie die Stimme dieser

Stille der schwache, eintönige Ruf eines Ruders. — — —

Da wich der Park auf einmal wie ein Vorhang auseinander.

Ein Wiesengrund breitete sich zur Rechten, eine üppige

Waldfläche mit bunten Blumeninseln in dem kniehohen Gras.

Dahinter zwischen uralten Bäumen wie ein verwunschenes

Schloßchen der langgestreckte, einschichtige Vorobau

des Kavalleriehauses, gelb getüncht und mit grünen Fenster-

läden, bis zu den Sockelmedaillons mit wildem Wein und

Kletterrosen eingesponnen.

Ein einsamer Pfau stolzierte majestätisch auf dem weißen

Sande des Vorplatzes hin und her.

Das metallene Blau seiner Brust leuchtete.

Träge und federlos schwannte er zur Seite, als

die beiden Wanderer jetzt den Wiesengrund entlang kamen und

die kleine Freitreppe zum Eingangsport emporstiegen.

„Hier haben Sie Ihr künftiges Reich“, sagte die Baronin

und schob einen großen, geschweiften Schlüssel in das reich-

gegliederte Schloß der schweren, eisengeschmückten Haustür.

„Ein Vetter meines verstorbenen Gatten hat hier lange ge-

wohnt, ein etwas menschenfeindlicher Sonderling, ein Maler und

Weltensammler, der endlich in Pahlowich seine letzte Ruhe-

stätte gesucht und gefunden hat.“

Sie traten in den kleinen Vorhof, eine tempelartige

Rundhalle in hellen, düstigen Farben mit einer zierlichen

Girlandendekoration unterhalb des Gesimses.

Ein gedämmtes Oberlicht fiel durch eine große Stuckrose

von der Deckenmitte auf das bunte Steinmosaik des Fuß-

bodens, und zwischen den moßigen Baustufen zweier Meer-

berbäume grüßte ein Mäddchen aus parischem Marmor.

Daneben öffnete sich das Arbeitszimmer, ein modern

geholten Raum, mit schweren Ledermöbeln und einem rie-

figen Schreibtisch, der sich schwer und wuchtig wie ein kleiner

Festungsbau in der Mitte des Parketts erhob.

Ringsum an den rhombisch gefälzten Wänden standen

mächtige Schränke aus kostbar eingeleigten Hölzern und bis

zur Deckenhöhe mit zahllosen Büchern und allerlei Natura-

lien und Selbstgemachten aus Porzellan und Elfenbein auf-

gefüllt.

Durch das tief eingeschnittene Nischenfenster neben dem

Schreibtisch sah man über die Parkwiesen in einen breiten

Durchbau weit hinaus auf das dämmende Blau des Sees

und die weiße Kirche des Dörfchens Pahlowich, die ihren

schmalen Turm nadelspitz in den lichten Ring des Abend-

himmels bohrte.

Alsleben war zu einem der Schränke getreten und mu-

sterte mit jachverwändigem Blick die Schätze der prächtigen

Muschel- und Schmetterlingsammlungen; die exotische Fremd-

artigkeit seiner neuen Umgebung, in die er sich aus der müt-

telichen Parklandschaft so unerwartet veretzt sah, berührte ihn

mit seltsamer Romantik.

„Sie machen mir mit dieser Wohnung ein großes Ge-

schäft, gnädige Frau, sagte er endlich. „Wohnt sie doch für

mich gleichsam eine Brücke zu jener Welt, die ich erst vor kur-

zem verlassen habe und mit der ich in meiner Erinnerung

noch immer zusammenhänge.“

Mit einem beglückten Lächeln sah ihm die Baronin voll

ins Gesicht.

„Ich wußte, daß Sie für mein kleines Museum Ver-

ständnis haben würden. Schon morgen soll mit den Instand-

setzungsarbeiten begonnen werden. In gleicher Flucht mit

dem Arbeitszimmer liegt hier nach links das Schlafzimmer,

während die Räume der anderen Seite unbewohnt sind und

nur im Winter als Orangerie benutzt werden. Sie sind also

im ganzen Hause Alleinherzher.“

Sie hatte bei diesen Worten das Fenster am Schreibtisch

weit aufgeschoben.

Die kühle Frische des Abends wehte weich herein und

strich wie mit liebenden Händen über ihre heißen Gesicht.

Nichts regte sich, kein Laut weit und breit.

Und doch erschien ihnen die Welt erfüllt von Farben-

klang und hallendem Gesang.

„Wir müssen zu unseren Gästen zurück,“ unterbrach die

Baronin endlich das lastende Schweigen. „Ich fürchte, man

wird uns schon vermissen.“

Alsleben nickte zustimmend.

Alsleben und die Baronin verließen das Haus und gi-

gen wieder durch den Wäldchen der letzten Wiese, aus

der jetzt ein tausendstimmiges Heimgelächter in den gra-

Abendfrieden emporstieg.

Eine seltsam weiche Stimmung schwang zwischen

ihnen, eine hoffende Unruhe, die Ziel und keinen Namen hatte

— — —

Da klang auf einmal ein Lachen von der Buchenallee

herüber.

Alsleben suchte zusammen.

Der Zauber war verflogen und die Welt nun wieder wie

überall. Unwillkürlich beschleunigte er seinen Schritt.

In diesem Augenblick bog eine unsichtbare Hand ein

Spiräengebüsch an einer Wegebiegung unhörbar zur Seite.

Das schöne Gesicht hellas tauchte in der Wäldchenwildnis

auf. Ein seltsam verzerrter Zug lag um den feinen Mund,

als sie jetzt vorsichtig um einen Buchenstamm spähte und mit

einem langen, hagerfalten Blick das Bild der beiden hohen,

schlanken Gestalten umfaßte. — — —

Fünftes Kapitel.

Redenthins waren gleich nach dem Abendbrot abge-

fahren.

Die Freifrau war eine Fräulein, die am liebsten

mit den Hühnern schlafen ging und während des ganzen

Sommers aus ihrem Gut kein Petroleum duldete; auch war

die Strohfederbegeisterung ihres Gatten für die schöne Ge-

sellschaftlerin keineswegs verborgen geblieben und nur die

Gegenwart ihrer beiden Söhne hatte sie verhindert, schon

beim Bestehen der alten Schönwalder Familienfeste mit

der unvermeidlichen Strafpredigt zu beginnen.

Alsleben, der mit dem Freiherrn noch einmal nach den

Ställen gegangen war, hatte dem Redenthinschen Wagen noch

eine Strecke Weges das Geleit gegeben und war von dem

„alten Blücher“, der sein ruhiges, bestimmtes Wesen wohlge-

fallen hatte, sehr dringlich zu einem baldigen Besuche auf

Schönwalde eingeladen worden.

Als er über den feiertäglich stillen Hof wieder nach dem

Park zurückkam, lag auf den verlassenem Rasenlichtungen

schon das erste rote Dämmerlicht der Frühnacht.

(Fortsetzung folgt.)

Paris" behauptet, daß es Deutschland nunmehr freitende, durch eine Seizentur, ohne Erfüllung der in der Völkerbundsatze genannten Bedingungen, in den Bund einzutreten. Das Blatt sagt weiter, der Beschluß der Kommission laufe darauf hinaus, daß künftig im Falle einer Angriffsgefahr von Seiten Deutschlands jedes Sonderbündnis zum Schutze Frankreichs wertlos wäre. Frankreich würde also, falls der Beschluß der 3. Kommission von der Vollversammlung angenommen werde, die Sicherheit seiner Grenzen ohne Rücksicht auf Völkerbund und Schutzbündnis „auf anderen Fundamenten begründen müssen“.

Sicherstellung der Volksernährung.

Teilweise Aufrechterhaltung der Brotrationierung.
Im Unterausschuß für Landwirtschaft und Ernährung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats wurde die allgemeine Ernährungslage besprochen. Ein Vertreter des Ernährungsministers führte aus, daß die diesjährige Ernte auf 10 Millionen Tonnen geschätzt werden könne. Er fuhr dann fort: Die Bewegungskomplexität der Getreidemengen ist aber nicht gegeben, weil der Bauer im allgemeinen nur soweit verkauft, als er den Ertrag sofort wieder zu Steuern, Lohnzahlung usw. verwenden kann. Es ist deshalb zu befürchten, daß trotz glücklicher Ernte, wenn am 15. Oktober die Markterzeugung aufhört, große Unsicherheit und Störung in der Brotversorgung eintreten. Das Kabinett hat deshalb eine Vorlage angenommen, in der vorgelesen ist:

1. Verklärung der von der Reichsgetreidestelle zu erwerbenden Brotgetreidemengen auf 2-2½ Millionen Tonnen, 2. Möglichkeit der Fortführung der Markenbrotversorgung in den Gebieten, wo die politische und wirtschaftliche Lage es unbedingt erfordert, 3. Wegfall der öffentlichen Getreideablieferung in den Kommunalverbänden, in denen die Brotversorgung durch eigene Ernte ausreichend gesichert erscheint, 4. Antragsrecht für die übrigen Kommunalverbände auf unmittelbare Lieferung von Getreide an ihre Mühlen zum Tagespreis. An solche Mühlen kann auf Antrag von der Reichsgetreidestelle bis zu drei Viertel der bisherigen Ration geliefert werden.

Die Aufbringung des Getreidevorrats muß in der Hauptsache durch freien Ankauf im Lande erfolgen. Um die Kartoffeln dem Verbrauch zuzuführen, ist nach dem Vorbild der Getreidekreditbank eine Kartoffelkreditbank gegründet worden. Die Wagengestellung für Kartoffeln genügt den Anforderungen.

Die Fettversorgung
wurde durch die Marktverschlechterung stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Versorgung der Bevölkerung ist aber zum mindesten für 12 Wochen gesichert. Falls eine volle Weizenjuchelung erfolgt, ist es möglich, wöchentlich 5 bis 6000 Tonnen Margarine und 1250 Tonnen Schmalz in den Konsum zu bringen. Der Bedarf an Butter konnte nicht gedeckt werden. Ein Entwurf einer Verordnung über die Zufuhr

im Wirtschaftsjahr 1923/24 ist grundsätzlich eine freie Bewirtschaftung vor, vorbehaltlich der Sicherung einer angemessenen Mundzudemenge für den spärlichen Teil des Wirtschaftsjahres. Das soll durch eine Rücklage der zuderzeugenden Fabriken, durch eine Konzeptionierung und Konjunktierung bestimmter großer zuderzeugender Industrien und eine besondere Großhandels-erlaubnis geschehen.

Abermals Erhöhung der Eisenbahntarife

Vom 25. September ab.

Nachdem die letzte Steigerung der Eisenbahntarife ab 18. September kaum in Kraft getreten ist, wird abermals eine weitere gewaltige Erhöhung durch die Eisenbahnverwaltung bekanntgemacht. Wie üblich wird auch jetzt die Maßnahme mit der fortgeschrittenen Teuerung für Rohstoffe, Materialien und den sonstigen auf der Reichsbahn ruhenden Ausgaben begründet, während die Löhne diesmal nicht besonders angeführt werden.

Die Eisenbahntarife werden von Dienstag, dem 25. September ab, mehr als verdoppelt. Die Schlüsselzahl für die Berechnung der Gütertarife beträgt von diesem Tage ab 36 Millionen; die Schlüsselzahl für die Tarife im Personenverkehr beträgt 20 Millionen.

Die Preise werden auf die Berechnung von 6 Kilometer (bisher 8 Kilometer) herabgesetzt. Der Mindestpreis in der 4. Klasse wird von 20 Pfg. auf 15 Pfg. herabgesetzt. Die vierläufige Güttigkeit der vorgedachten Fahrtafel wird beibehalten. Der einzelne Kilometer kostet demnach von Dienstag an in vierter Klasse 440 000 Mark, in dritter Klasse 660 000 Mark, in zweiter Klasse 1 980 000 Mark und in erster Klasse 3 960 000 Mark. Die am Montag zum alten Tarif gelösten Fahrkarten gelten bis Donnerstag 12 Uhr nachts.

Bis zum 18. September betrug die Schlüsselzahl für Personenverkehr 1,5 Millionen, für Güterverkehr 4,5 Millionen. Sie wurde dann auf 9 Millionen für Personen, auf 18 Millionen für Güter heraufgesetzt, wobei noch zu bemerken ist, daß die Grundzahlen für Güterverkehr außer dem um 100 % höher bemessen wurden. Jetzt werden also die Personentarife mit einem Multiplikator von 20 statt 9 Millionen, die Gütertarife mit 36 statt 18 Millionen berechnet. Zweifellos wird diese neue Belastung wieder ein erhebliches Steigen der Lebensmittelpreise verursachen.

Erneute Erhöhung der Kohlenpreise geplant.

Einpruch des Reichswirtschaftsministers.
Dem Vernehmen nach wurde am Sonnabend in der gemeinsamen Sitzung der Organe der Kohlenwirtschaft zu Berlin beschlossen, den Zuschlag auf die seit dem 17. d. M. geltenden (Gold-)Kohlenpreise auf rund 30 % für die Steinkohle unter Voraussetzung der Zustimmung des Reichswirtschaftsministers zu bemessen. Für den Braunkohlenbergbau sind die Zuschläge noch nicht festgesetzt worden, und zwar deshalb, weil die Lohnverhandlungen auf diesem Gebiete noch nicht abgeschlossen sind.

Dazu wird von sachverständiger Seite mitgeteilt, daß sich zurzeit der Preis für englische Förderkohle in Hamburg auf etwa 650 bis 700 Millionen Mark gegenüber 900 Millionen für deutsche Förderkohle stellt. In dem Preise, den die kohlenwirtschaftlichen Organe als Höchst-

Un unsere Postbezieher!

Wie wir schon wiederholt mitgeteilt haben, müssen wir nach den postfälligen Bestimmungen die monatlichen Bezugsgebühren bis spätestens am dritten Tage des vorhergehenden Monats anmelden.

Die weitere katastrophale Geldentwertung hat die Zeitungsverlage gezwungen, vom 1. September ab zur wöchentlichen Erhebung des Bezugsgebühres überzugehen. Bei unseren Postbeziehern läßt sich das aber aus postfälligen Gründen nicht durchführen. Wir müssen und mußten deshalb auch in diesem Monat mit Bezugsgebühren-Nachforderungen an unsere Postabonnenten herantreten.

Diesigen Abonnenten, die das „Wilsdruffer Tageblatt“ in der Geschäftsstelle abholen, haben bezahlt:

für die erste Septemberwoche	500 000 Mk.
für die zweite Septemberwoche	1 000 000 Mk.
für die dritte Septemberwoche	2 000 000 Mk.
für die vierte Septemberwoche	7 000 000 Mk.
	10 500 000 Mk.

Von unseren Postabonnenten sind aber nur eingezogen worden 650 000 Mk., so daß ein Rest verbleibt von 9 850 000 Mk.

Die Nachzahlung für September in Höhe von 9 850 000 Mark

ist von unseren Postabonnenten umgehend mittels der der heutigen Nummer beiliegenden Zahlkarte auf unser Postkonto Dresden 2640 einzuzahlen oder kann direkt in unserer Geschäftsstelle abgeführt werden.

Ein großer Teil unserer Abonnenten hat für die erste Septemberhälfte bereits 850 000 Mark nachgezahlt; für sie bleibt deshalb nur ein

Rest von 9 Millionen.

Wir erlauben unsere verehrlichen Postabonnenten, unter Berücksichtigung der überaus schweren Verhältnisse, in denen sich die Presse befindet, und der fortgesetzten Geldentwertung, die Nachzahlung umgehend auf einer der vorgenannten Stellen bewirken zu wollen.

Wer bis Freitag, den 28. September, diesen Betrag nicht abgeführt hat, bei dem wir durch Postnachnahme zusätzlich der ganz bedeutenden Kosten eingezogen.

Wer in dieser politisch schweren Zeit und der Wirtschaftskämpfe ohne Zeitung bleibt, wird diesen Verlust nur zu bald schmerzlich empfinden.

Verlag des „Wilsdruffer Tageblattes“.

preis senken, und 15 % für angebliche frühere Verluste der Syndikatsmitglieder, ferner 5 % Vertriebs-(Lohn)-steuer enthalten, die nach den Ansichten des Reichsfinanzministeriums nicht von dem Ertrage der Unternehmungen, sondern aus ihrer Substanz entnommen werden sollen. Wie es heißt, hat der Reichswirtschaftsminister gegen die geplante Erhöhung einen vorläufigen Einspruch eingelegt.

Neueste Meldungen.

Der organisierte Geldraub im besetzten Gebiet.

Berlin, 22. September. Am 18. d. M. sind bei der Reichsbanknotenstelle in Neuh 12 Milliarden Mark fortgenommen worden. Bei der Reichsbankstelle M. Gladbach entwendeten die Diebstahl am 19. d. M. etwa 78 Milliarden Mark. Mit dem Bargeld wurde ein Teil der in Rheidit angekauften Wechsel von den Diebstahlern mitgenommen. Aus Dortmund wird gemeldet, daß die Franzosen in der Druckerei von Grünell in Dortmund am 20. d. M. wiederum 2 Billionen Mark fertige Reichsbanknoten fortnahmen. In der letzten Woche wurden durch die Besatzungsbehörde bei der Stadtverwaltung in Bonn einmal 160 und ein zweites Mal 80 Milliarden weggenommen.

Keine Höchstpreise für Stickstoffdünger mehr.

Berlin, 22. September. Mit Wirkung von Montag, dem 24. September 1923, werden die Höchstpreise für Stickstoffdüngemittel aufgehoben. An ihre Stelle treten folgende, zwischen den berufenen Vertretern der Landwirtschaft und des Stickstoffinhalts vereinbarte, von der Reichsregierung genehmigte Goldpreise: Für das Kilo Stickstoff im schwefelsauren Ammonial 1,05 Goldmark, für das Kilo Stickstoff im schwefelsauren Ammonial (gebart und gemahlen) 1,07 Goldmark, für das Kilo Stickstoff im Nitronsalpeter 1,17 Goldmark, für das Kilo Stickstoff im Kalziumstickstoff 1 Goldmark. Das Stickstoffinhalts gewährt ein Zahlungsziel von einer Woche und nimmt Goldanleihe in Zahlung, und zwar innerhalb dieser Frist zum Nennwert. Bei Zahlung in Papiermark erfolgt Umrechnung zum Dollarkurs des Wertungstages, jedoch mit der Maßgabe, daß bei Zielüberschreitung mindestens der Kurs am Tage der Fälligkeit zugrunde gelegt wird.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 24. September 1923.

Das Markenbrot auf dem Marsche

auf dem Marsche zum Preise des marktfreien Brotes. Eine allmähliche Annäherung an diesen ist, wie in einer Verlautbarung der Reichsregierung zum Ausdruck kommt, das Ziel, um beim Eintritt der freien Wirtschaft den Preisprung nicht gar zu hoch werden zu lassen. Die Etappe, die in der Sitzung des Ernährungsausschusses am gestrigen Freitag auf diesem Wege erreicht wurde, befreit sich mit 3 900 000 Mark für das Brot von 1900 Gramm Gewicht, Reg.-Rat Dr. Fald, der die Sitzung leitet, führt diese beträchtliche Erhöhung vor allem auf die gegen die Vorwoche um fast zwei Drittel gestiegenen Löhne und ihre Auswirkungen auf eine Anzahl Kosten der Kalkulation zurück. Der Arbeitslohn der Bäckergehilfen ist mit 48 Millionen eingestiegen, die Stunde mit 8 Millionen. In der vorigen Kalkulation waren es 21 240 000 Mark. Es sei dies noch nicht einmal der höchste Lohn, der bezahlt werde. Die Mühlenarbeiter verlangten für die laufende Woche 450 Millionen und für Dienstag eine Abschlagszahlung von 50 Prozent. Der Kohlenpreis ist nur wenig höher eingestiegen, da der neue Preis noch nicht bekannt war. Der vorgeschlagene Brotpreis entspräche etwa dem Mittel zwischen dem vor- und dem nächstwöchigen. Schag und Döbeln werden weit über 4 Millionen kommen. Großenhain etwa ebenso hoch wie Reichen. In Dresden spreche man von 10 Millionen,

was aber nicht glaubhaft erscheine. In der Aussprache bespricht Arbeitserziehungsleiter, wie schon in voriger Sitzung, eingehend den Anstand, daß der hiesige Kommunalverband mit seinem Preise nicht mehr unter Großenhain stehe, wie es unter Amtshauptmann Dr. Sievert der Fall gewesen ist, und führt dies auf zu großes Entgegenkommen des jetzigen Vorsitzenden im Ausschuß gegenüber den Mültern und Wödera zurück. Er sei von den Gewerkschaften beauftragt, dies zum Ausdruck zu bringen. Auch kritisiert er, daß der Konsumverein schon vor der Besetzung nach dem neuen Preise verkauft habe. Ein Zusammenstreiten des Ernährungsausschusses sei doch dann überhaupt nicht nötig. Die Vessentlichkeit werde die Erhöhung des Preises nur verstehen in einem Augenblick, wo der Dollarkurs um 50 Prozent gefallen sei. Reg.-Rat Dr. Fald bestritt ein größeres Entgegenkommen gegenüber den Gewerkschaften; die Vertreter der Gewerbe äußerten sich in gleichem Sinne. Die Preisbildung für Großenhain werde günstig beeinflusst durch den dortigen niedrigeren Kohlenpreis. Der Fall des Dollars habe in den Margarinepreisen sich immer bald ausgewirkt. Beim Brotpreis aber kommen hauptsächlich die Löhne in Frage, und es sei wohl nicht zu erwarten, daß der jetzige Dollarkurs, der vielleicht bald von neuem steigen abgeleitet werde, eine Herabsetzung der Löhne herbeiführen werde. Die Sache mit dem Konsumverein läßt sich dahin auf, daß in diesem Brot auf die nächstwöchigen Marken verlangt und auf eine Anfrage in der Amtshauptmannschaft der voraussichtliche Preis genannt wurde. Es handelt sich also um ein Entgegenkommen des Vereins und der Behörde gegenüber Bedürftigen; an und für sich ist der vorherige Brotverkauf nicht zulässig. Im Weiteren drehte sich die Aussprache um die Frage, ob der Brotpreis den Löhnen folge oder umgekehrt. Eine Einigung kam erklärlicherweise nicht zustande. Die vorliegende Kalkulation wurde schließlich genehmigt.

Herbst-Anfang. Gestern, am 23. September, zog der Herbst ein, wenigstens verkündet es so der Kalender. Unerbittlich lehrt uns die liebe Sonne mit jedem Tage fünf Minuten zeitiger den Rücken und auch am Morgen verläßt sie es täglich mehr. Die Bäume schütteln darob ihr Haupt und lassen die bunten Blätter herniederrieseln und rascheln. Aber wir wollen uns nicht bangen werden lassen. Die Natur zeigt sich uns jetzt in ihrem schönsten farbigen Kleide; herrliche Tage kann uns sogar der Oktober noch bescheren, und wenn es schließlich doch aus Abschiednehmen geht von der wonnigen, sonnigen Freiheit, wenn es schließlich doch kälter wird und unfreundlicher da draußen in der Welt — ach, wenn es nur dafür im Stübchen um so traulicher wird, wenn nur der Himmel des Herzens heiter bleibt und wärmependend!

Bei dem Postamt in Wilsdruff sind die Posthalter an Werktagen nachmittags bis auf weiteres nur von 3 bis 4 Uhr geöffnet. Diese Maßnahme macht sich zur ordnungsmäßigen Bearbeitung der täglich aufkommenden Papiergebühren notwendig. Zur Befleunigung und Erleichterung der Abfertigung an den Posthaltern trägt es wesentlich bei, wenn die Geldscheine mit der Schaufseite nach oben und nach den einzelnen Werten geordnet eingezahlt werden. Bei größeren Beträgen empfiehlt es sich, gleichwertige Kassenscheine zu 10, 20, 50 oder 100 Stück zu bündeln und die Bündel entsprechend zu bezeichnen. Ueber das Verfahren der Fertigung verschlossener Geldscheinpackchen geben die Schalterbeamten Auskunft.

Die Gastwirte des Bezirks Reichen haben in einer Entschliebung Stellung gegen die Brauereien genommen. In erster Linie verwahren sie sich dagegen, Bier freibleibend zu kaufen. In der Entschliebung heißt es: „Hier ist ein Produkt, das, wie die Brauereien selbst behaupten, ein acht- bis zehnmaliges Lager hat, somit entbehrt eine Lieferung auf obiger Grundlage jeder Begründung. Weiter wird gegen die Art und Weise, wie die Zahlungen erhoben werden, protestiert, weil es dadurch den meisten Gastwirten unmöglich ist, sich mit ihrem Wochenquantum Bier einzudecken. Besonders scharf richtet sich unser Protest gegen die Preispolitik der Brauereien, sie hat Formen angenommen, die wir nunmehr einfach ablehnen. Wochenlang stehen die Preise der bayerischen Exportbiere fest, den hiesigen fast gleich, zum Teil sind sie sogar niedriger, und das trotz der hohen Frachtpreise, der hohen Qualität der Biere und nicht zuletzt des Verdienstes, den der Zwischenhandel naturgemäß haben muß. Von sofortiger Kasse ist bei den bayerischen Großhändlern ebenfalls bisher keine Rede gewesen, wie überhaupt der Verkehr derselben mit ihrer Kundenschaft ein durchaus entgegenkommender, einwandfreier ist. Wir richten deshalb an die Brauereien die Mahnung, unverzüglich ihre bisherige Politik den Gastwirten gegenüber zu ändern, andernfalls sich der größte Teil derselben von dem Bezuge der einheimischen Biere abwenden wird.“

Ein Fernbrief 2 Millionen Mark. Eine weitere Erhöhung der Postgebühren ist zum 1. Oktober zu erwarten. Die näheren Einzelheiten stehen noch nicht endgültig fest. Der Fernbrief wird von diesem Zeitpunkt an wahrscheinlich zwei Millionen Mark kosten.

Aluminium-Notgeld zu einer Million. Die Staatlichen Hüttenwerke bei Freiberg geben jetzt Notgeld aus Aluminium, lautend auf eine Million, heraus.

Keine Angaben über den Befindlichkeitsstand der Schüler. Das Ministerium für Volksbildung hat bestimmt, daß in den Listen und Zeugnissen aller Schulen und aller Prüfungsausschüsse, die der Aufsicht des Ministeriums unterstellt sind, Angaben über den Befindlichkeitsstand der Schüler nicht aufgenommen werden dürfen.

Personendampferverkehr auf der Elbe. Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrt wird trotz der überaus schweren wirtschaftlichen Verhältnisse versuchen, ihren Personen- und Frachtverkehr, wenn auch in sehr beschränktem Umfang, aufrechtzuerhalten. Es muß bereits ab Montag, den 24. September, ein verkürzter Fahrplan in Kraft treten.

Der Arbeitsmarkt in Dresden hat sich nach einem Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises in der Woche vom 15. bis 21. September weiter verschlechtert. Der Bestand an Arbeitsuchenden ist auf über 30 000 gestiegen. Die Kurzarbeit und das Vollaussetzen ganzer Betriebe hat gleichfalls an Ausdehnung zugenommen. Die Wirtschaftskrise hat allmählich alle Berufsarten in Mitleidenschaft gezogen. Manche kleineren Gewerbe sind völlig zum Erliegen gekommen und zeigen eine Arbeitslosigkeit wie noch nie.

Dresden. Am Freitag nachmittags fanden Ansammlungen von Erwerbslosen im Zentrum statt, die durch die Polizei zerstreut wurden. Am Sonnabend vermittelte sich diese Ansammlungen namentlich an der Antonienmarkthalle, auf dem Postplatz und auf der Ballstraße fort. Diese Ansammlungen wurden wieder durch die Polizei zerstreut, wobei teilweise von dem Gummischläger Gebrauch gemacht werden mußte. Wieder sind mehrere Polizeibeamte durch Steinwürfe verletzt worden. Mittags trat Ruhe ein.

Dresden. Diebstähle und Plünderungen nehmen immer mehr überhand. Am Donnerstag morgen wurden von einem an der Markthalle stehenden, mit Weißkraut beladenen Wagen die

Krautköpfe, von denen einige Zentner bereits in die Markthalle gebracht worden waren, geraubt. Unter den Dieben befanden sich Leute, denen man nach Kleidung und Ansehen solche Räubereien nicht zugetraut hätte.

— **Erimmischau.** In der gemeinschaftlichen Sitzung des Rats- und Stadterordneten-Kollegiums berichtete Bürgermeister Dr. Wachwald über die Finanzlage der Stadt, die infolge der in den letzten Tagen eingetretenen rasenden Geldentwertung leider ein äußerst trübes Bild ergab. Am der erstandenen finanziellen Schwierigkeiten Herr zu werden, mußten sich die Vertreter beider Kollegien schweren Herzens entschließen, bei den städtischen Betrieben die Preise nach Goldmarkberechnung zu erheben.

— **Leipzig.** Auch in Leipzig ist man dem wilden Devisenhandel tatkräftig und äußerst erfolgreich zuleibe gegangen. Der Steueraufsichtsdienst des Landesfinanzamts Leipzig hat nach Erlaß der Devisenablieferungsverordnung in zahlreichen Fällen wilde Devisenhändler und zahlreiche Devisenschieber aufgedeckt. Es gelang den Beamten, ausländische Zahlungsmittel in der sehr beträchtlichen Höhe von einer Billion 500 Milliarden Mark zu beschlagnahmen. Es wurden dabei u. a. beschlagnahmt: 1331 Dollars, 139 engl. Pfund, 1867 holländische Gulden, 968 französische Frank, 653 Schweizer Frank, 12 830 tschechische Kronen, 4 Millionen österreichische Kronen usw. Bei der Verfolgung eines Devisenhändlers entdeckte man in einem großen Leipziger Hotel, daß die Angestellten in unerlaubter Weise die Umrechnung fremder Zahlungsmittel betrieben. Es konnten hierbei Devisen im Gesamtwert von 150 Milliarden Mark beschlagnahmt werden. Auch bei den Leipziger Banken hat der Steueraufsichtsdienst Umschau gehalten und in einem Falle ermittelt, daß großangelegte Hinterziehungen von Börsenumsatzsteuer und unerlaubte Devisengeschäfte gemacht worden sind. Von den wilden Devisenveräußern hat das Landesfinanzamt außerdem rund 1700 Millionen an hinterzogener Börsenumsatzsteuer eingezogen.

„Rotgestempelte.“

Schon seit längerer Zeit wird mit den alten, rotgestempelten Tausendmarktscheinen, also den Banknoten dieses Wertes, die vor Kriegsausbruch hergestellt worden sind, Handel getrieben, der trotz aller Warnungen der Reichsbank immer größeren Umfang anzunehmen scheint und den Handelswert dieses allerdings immer rarer werdenden Geldscheines stark in die Höhe treibt. Wurde der rotnumerierte und mit zwei roten Stempeln versehene Tausender vor etwa zwei Monaten mit 100 000 Mark und vor vier Wochen mit 1 Million Mark gekauft, so sollen jetzt die Auffäufer schon bis zu vielen Millionen bieten. Der Dollarkurs scheint auch auf diesem Marktgebiet seinen Einfluß auszuüben.

Vergeblich aber forscht man nach dem Grunde für diese Ueberwertung der „Braunen“, der früher allerdings als unsere höchste Banknote eine Ehrfurcht gebietende Bedeutung besaß, heute aber weder an irgendeiner öffentlichen Kasse noch im normalen Geschäftsleben auch nur einen Pfennig mehr gilt als die

Wirtschaftsschlüssel.

1 Goldmark	nach Berliner Briefkurs 26 255 857 Papiermark
	nach New Yorker Markkurs 28 690 476 Papiermark
Reichsbankdiskont	monatl. 7 1/2 % jährl. 90 %
Reichsbanklombard	10 % jährlich
Goldankaufpreis	640 Dollar p. Kilogr.
Silberankaufpreis (1. Mark-Stück)	10 000 000
Goldzolkaufgeld	8 859 999 900 %
Reichsindex	14 244 900
	(Steigerung 182,0 %)
Großhandelsindex	86 000 000
	(Steigerung 212,8 %)
Landabgabe	33 600 000
Arzneiteige	290 000
Bäder-Schlüssel	15 000 000
Buchhandels-Schlüssel	35 000 000
Eisenbahn-Personenverkehr	9 000 000
	ab 25. 9. 23 20 000 000
	Grundzahl für 1 Kilometer in der 1. Klasse 19,8
	2. Klasse 9,9, 3. Klasse 8,5, 4. Klasse 2,2
Eisenbahn-Güterverkehr	18 000 000
	ab 25. 9. 23 86 000 000
Fernsprecht-Schlüssel	500 000

Tausendmarktscheine neueren Datums. Der Anlaß zu diesem Banknotenhandel läßt sich nur vermuten. Wahrscheinlich ist die Tausendmarktschein-Fälscherei darauf zurückzuführen, daß feinerzeit die Requisitionsgelder an Belgien hauptsächlich mit den alten Tausendmarktscheinen bezahlt worden sind und diese Geldscheine dadurch wohl im Verkehr knapp wurden. Es sollen auch damals an der belgischen Grenze von Schmugglern diese Banknoten mit Aufgeld gekauft worden sein.

Möglich ist auch, daß manche Leute der Meinung sind, die alten Tausendmarktscheine würden einmal von der Reichsbank gegen Gold eingelöst werden. Und der augenblicklich hohe Kurs der rotgestempelten Tausender mag vielleicht sich dadurch erklären, daß ihre Besitzer angesichts der Einführung der Goldwährung die Verwirklichung dieser Hoffnung nahe sehen. Aber nach den übereinstimmenden Mitteilungen unterrichteter privater und amtlicher Stellen werden sich alle diese Erwartungen nicht erfüllen. Seitens der Reichsbank wird auf Anfrage erklärt, daß bei einer Aenderung unseres Geldwesens die alten Tausendmarktscheine auf keinerlei Vorzugsbehandlung ein Anrecht haben. Auch andere Bankfachleute kennen keinen realen Grund für diese Spekulation auf den alten „Braunen“. — Trotzdem bleibt, wie gesagt, die Tatsache bestehen, daß in Deutschland ein solcher Handel getrieben wird, daß es also doch viele Leute gibt, die zu dem alten Tausendmarktschein ein ganz besonderes Vertrauen haben oder doch wieder lohnenden Absatz für dieses Handelsobjekt zu

finden wissen. Angeblich sollen die Scheine hauptsächlich nach Holland gegangen sein.

Der Zweck der Aufläufe und der eigentliche Verbleib der Scheine ist nicht recht zu erklären. Jedenfalls kann man auf Grund der obigen Auskünfte niemand raten, sein Geld in diesem „Wertobjekt“ anzulegen.

Briefkasten.

— **Erbitterter Landwirt, Sachsdorf:** Wir sind in dieser Angelegenheit nur Ausführende und sind als Amtsblatt verpflichtet, die Anzeigen der Behörden unter „Amtliches“ aufzunehmen.

Rosener Produktenbörse am 21. September.
Weizen 190 000 000—200 000 000, Roggen neu 170 000 000 b. 180 000 000, Sommerg. 190 000 000—200 000 000, Wintergerste 160 000 000, Hafer neu 150 000 000—160 000 000, Weizenmehl 70% 480 000 000 Roggenm. 75% 350 000 000, Roggenmehl 85% 330 000 000, Futtermehl II —, Roggenkleie inl. 115 000 000, Weizenkleie grob 115 000 000, Maiskörner 200 000 000, Maischrot 220 000 000, Kartoffeln neu —
Die Preise gelten für auf Lager genommene Waren.

Meißner Produktenbörse am 22. September.
Weizen 210 000 000—225 000 000*, Roggen 180 000 000—190 000 000*, Winterg. 180 000 000—190 000 000*, Sommerg. 200 000 000—215 000 000*, Hafer 165 000 000—175 000 000*, Raps, trocken 240 000 000*, Mais 265 000 000*, Rottklee 230 000 000—270 000 000*, Trockenschmelz 135 000 000**, Wiesenh. fäsh. 24 000 000*, Futtermehl 16 000 000*, Kleie 138 000 000**, Kartoffeln 30 000 000*. Stimmung: Schwankend. Die mit * bezeichneten Preise sind Erzeugerpreise, die mit ** Handelspreise.

Dresdner Produktenbörse am 21. September
Ämtliche Notierungen Weizen inländ. 250 bis 235, fest. Roggen inländischer 215—200, fest. Wintergerste, neue 215—200, fest. Hafer, guter 190 bis 180, fest. Raps 260—250, ruhig. Mais, mrged 220—240, ruhig, La Plata —, fest. Weizen 210—230, ruhig. Gelbe Lupinen —, fest. Beluschnen 210—230, geschäftl. Erbsen 300—400, fest. Trockenschmelz 115 bis 125, ruhig. Zuckerschmelz 140—160, ruhig. Kartoffelflocken 210—220, fest. Weizenkleie 120—130, ruhig. Roggenkleie 120—130, ruhig. Weizenmehl 500—600, fest. Roggenmehl 400—500, fest. Feinste Ware über Notiz. Die Preise verstehen sich per 50 Kilogramm. Rottklee und Mehl in Mengen unter 5000 Kilogramm ab Lager Dresden, alles andere in Mindestmengen von 10 000 Kilogramm waggontfrei Dresden.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen, der Frau Privata

Pauline Horn
geb. Merbig

Ist es uns ein Herzensbedürfnis allen auf diesen Wege unseren innigsten Dank entgegen zu bringen. Besonderen Dank für das bereitwillige Tragen zur letzten Ruhestätte, sowie den herrlichen Blumenschmuck, Gesang, Wort und Schrift. Besonderen Dank auch der Frau Tamme für die liebevolle Pflege während ihrer langen Krankheit, dies alles hat unserem Herzen wohl getan.

Grumbach, den 21. September 1923.

Bruno Alex Horn
im Namen aller Hinterbliebenen.

Wir haben unsere Geschäftsbedingungen, insbesondere den Zinssatz, bei Kreditinanspruchnahme mit sofortiger Wirkung geändert, wovon wir unsere Kundschaft Kenntnis zu nehmen bitten.

Das Nähere hierüber ist am Schalter zu erfragen.

Wilsdruff, am 21. September 1923.

Krögiser Bank A.-G.
Geschäftsstelle Wilsdruff.

Achtung Gutsbesitzer!

Tausche ein drei Zentner schweres Schwein gegen eine neue eleg. Kücheneinrichtung. Lieferung d. Schweines kann Dezember od. später erfolgen. Werte Off. erbittet

Kurt Zieldang, Möbelvertrieb
Wilsdruff, Parkstr. 134 R.

Auto und Motorrad

sofort zu kaufen gesucht. Angebote mit Beschreibung und Preis erbeten an
A. Göthe, Dresden-A., Jagdweg 8. III.

Schloßkeller

Dresden 2014 Schloßstraße 16

Bier- und Speisehaus. Feinlich sorgfältig geleiteter Küchenbetrieb. Jeden Dienstag und Freitag Schlachtfest. Eigene Schweinemästerei, eigene Schlächtereier mit Motorbetrieb. Zum Ausschank gelangen: Kulmbacher Reichelbräu, hell und dunkel, höchstprozentige Exportbierqualitäten. — Erfrischende Preise. — Spezial-Vitrobüffet. — Täglich 1/2, 6 Uhr Künstler-Konzert. — Zwei Kapellen.

Gutes Jagdglas
gegen Naturalien auszutauschen. Angebote an die Geschäftsstelle d. Blattes

Zahle für Schlachtpferde 100 Mark und mehr
Bei Not-
schlachtung
Transportwagen sof. 3. Etg.
Treppe, Dresden, Hof-
mühlenstraße 63, Tel. 4189

Guten Erfolg
bringt eine

wirkungsvolle Anzeige

im
Meißner Tageblatt
(Amtsblatt)

und seinen Neben-Ausgaben
Coswiger Anzeiger und
Anzeiger für Weinsöhla

Unverbindl. Kostenanschläge bereitwilligst



Ein
Seifenpulver
wie es sein soll
preiswert
und gut!

Für meinen erst. Beamten
suche ich mögl. für sofort
ein möbl. Zimmer.

Bettwäsche und Handtücher
vorhanden. Best. Angebote
erbittet **Riward Eckert**,
Hofgesch. Wilsdruff. 211

Möbl. od. leer. Zimmer
von Herrn sofort gesucht.
Angebote unter 3122 an
die Geschäftsst. d. Bl.

Metallbetten
Stahlmatten, Kinderbetten
dir. an Priv. Kat. 26 R frei.
Eisenmöbelabr. Suhl, Thür.

An unsere geschätzten Inserenten!

Die täglich sich steigernde Geldentwertung zwingt uns, unsere gesch. Inserenten zu bitten,

Inserate
sofort zu bezahlen.

Für Anzeigen, die nicht 3 Tage nach Erscheinen bezahlt sind, wird als Ausgleich für die ev. eingetretene Geldentwertung, der am Zahltag gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht, bzw. die Differenz nachgefordert.

Der Verlag.

Die älteste Rossschlächterei
Speisewirtschaft und Pferdegeschäft im
Plauenischen Grunde.

Inhaber: Kurt Siering

Freital-Potschappel, Tharandter Str. 25.

Fernruf Amt Deuben Nr. 151

kauft lauf. Schlachtpferde z. allerhöchst. Preisen
Bei Unglücksfällen sofort Tag und
Nacht mit Transportgehir zur Stelle.

Familien-Drucksachen

liefert in neuzeitlicher Ausführung
Buchdruckerei Arthur Zschunke, Wilsdruff